

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte der Fraktion Bündnis 90 die Grünen,

die CDU-Fraktion hat Ihre Informationen, die Errichtung eines Bürgersolarkraftwerkes betreffend, aufmerksam zur Kenntnis genommen.

Wir begrüßen die aus diesem Projekt sprechende private Eigeninitiative, doch stehen wir einer Einbindung der öffentlichen Hand in dieses private Unterfangen skeptisch gegenüber. Wie bereits die Bezeichnung Bürgersolarkraftwerk verdeutlicht, handelt es sich bei diesem Projekt um eine private Initiative der Bürger und eben nicht um ein öffentliches Projekt der Stadt. Unserer Überzeugung nach würde sich ein Engagement der Stadt negativ auf die Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit der in dieses Projekt involvierten Bürger auswirken. Das als privates Vorhaben angelegte Bürgersolarkraftwerk würde sich, aufgrund nicht unerheblicher Einmischungen seitens der Stadt, in ein weithin städtisch verwaltetes Projekt wandeln. Denn überall dort wo die Stadt regulierend eingreift, erscheint ein eigenverantwortliches und kreatives Handeln der Bürger selbst kaum oder aber nur in geringerem Umfange möglich. Die von Ihnen angestrebte städtische Einbindung in das Projekt Bürgersolarkraftwerk würde somit dem bürgerlichen und mithin privaten Charakter des Projekts zuwiderlaufen.

Besonders die angeregte finanzielle Beteiligung der Stadt wirft mehrere Probleme auf. In Zeiten angespannter Haushaltslagen muss jedes finanzielle Engagement der Stadt auf seine Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit hin überprüft werden. Das Bürgersolarkraftwerk ist, seiner Konzeption nach, als privatfinanziertes Vorhaben angelegt. Die Notwendigkeit zur Bereitstellung städtischer Finanzmittel vermögen wir daher nicht zu erblicken. Die von Ihnen angesprochenen städtischen Finanzmittel sollten vielmehr solchen Projekten zugute kommen, welche zum einen dringend erforderlich sind und zum anderen eben keine

Eigenfinanzierung durch Private zulassen und deshalb dringend auf eine städtische Finanzierung angewiesen sind.

Auch die kostenlose Bereitstellung von Dachflächen erscheint unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zielführend. Betrachtet man sich die wirtschaftliche Situation des von Ihnen erwähnten Industriemuseums, so muss festgestellt werden, dass zusätzliche finanzielle Mittel sich äußerst positiv auf das Museum und damit auch auf das Kulturangebot der Stadt auswirken würden. Eine entgeltlose Nutzung der Museumsdachfläche würde hingegen einem freiwilligen Verzicht auf finanzielle Mittel gleichkommen. Ein Verzicht, welcher letztlich dem Museum, dem Kulturangebot der Stadt und damit auch allen Chemnitzer Bürgern schaden würde. Uns erscheint dieser Verzicht weder notwendig, noch zielführend, weshalb wir uns für eine entgeltliche Bewirtschaftung der städtischen Dachflächen aussprechen. Wäre es dem Bürger doch kaum vermittelbar, dass die Stadt einerseits freiwillig auf Einnahmequellen wie diese verzichtet, auf der anderen Seite jedoch etwaige Finanzmittel von den Bürgern einverlangt, mit dem Hinweis, der Stadt fehle das Geld für notwendige Projekte.

Letztendlich sehen wir uns, aus eben genannten Gründen, außerstande die von Ihnen vorgelegte Beschlussvorlage mitzutragen.

Mit freundlichen Grüßen

Herr Jeannot Reichert – Referent des CDU-Fraktionsvorstandes